

1. Mai-Zeitung 2010

Freier Aargauer

Die Zeitung der SP und der Gewerkschaften des Kantons Aargau

Arbeit, Lohn und Rente statt Profit und Gier!

Die Abzockereliten haben die Welt in die Krise geritten. Die Arbeitnehmenden müssen die Zeche bezahlen. Die Arroganz der Boniritter steigt wieder. Sie haben sich nur kurz geschämt über das Desaster, das sie angerichtet haben. Schon erheben sie wieder und ohne jegliche Schamesröte im Gesicht ihre Abzockerforderungen.

Oben prassen wenige, unten schnalzen viele den Gürtel stets enger: So kann es nicht weitergehen!

Wir verlangen Arbeit, Lohn und Rente statt Profit und Gier!

Maifeiern 2010

(Ort, Zeit, Redner/innen)

Programme auf den folgenden Seiten und auf: www.agb.ch/1mai

Aarau

16.00 Uhr, Kirchplatz
Daniel Lampart, Chefökonom SGB
Andrea Arezina, Präsidentin JUSO
Serge Gnos, Sekretär Unia

Baden

11.00 Uhr, Bahnhofplatz
Pascale Bruderer, Nationalratspräsidentin
Kurt Emmenegger, Präsident AGB
Besir Kisa, DIDF

Brugg

11.30 Uhr, Suppenbar
Max-Chopard-Acklin, Nationalrat SP

Reinach

Fr, 30.4., 18.00 Uhr, Waldhaus
Marco Hardmeier, Präsident SP AG
Serge Gnos, Sekretär Unia

Lenzburg

11.00 Uhr, Metzplatz
Benjamin von Wyl, Sekretär JUSO
Martina Flühmann, Sekretärin Unia
Doris Stump, Nationalrätin SP

Rheinfelden

16.30 Uhr, Im Rumpel
Urs Hofmann, Regierungsrat
Bruno Baumann, Sekretär Unia
Marco Trevisan, CLI / Unia

Zofingen

15.00 Uhr, Markthalle
André Daguét, Nationalrat SP
Sanja Kostic, Studentin/JUSO
Max Moor, Gemeinderat

Bremgarten

18.00 Uhr, Schellenhausplatz
Christian Levrat, Präsident SP Schweiz

Olten

14.00 Uhr, Schützi
Christine Flitner, vpod-Frauensekretärin
Markus Baumann, Unia, Präsident GB SO
Alex Capus, Schriftsteller, SP Olten

Aufruf des SGB zum 1. Mai 2010

Arbeit ist für die meisten Menschen Absicherung der Existenz, weit über das Materielle hinaus. Deshalb fordern wir von den Arbeitgebern: Tragt Verantwortung, vermeidet Entlassungen! Die Unternehmen müssen dringend auch mehr Lehrstellen schaffen und die Jugendlichen nach dem Lehrabschluss weiter beschäftigen.

Staat und Politik haben Krise und Arbeitslosigkeit nur halbherzig bekämpft. Verlangt ist nun eine Besteuerung der Boni. Deren Ertrag soll auf die Bevölkerung umverteilt werden. Das ist nicht nur gerecht sondern stützt den Konsum und schafft damit wieder Arbeit. Zudem sind umfassende Weiterbildungsprogramme für die Arbeitnehmenden zu lancieren. Anstatt beim öffentlichen Verkehr blind zu sparen, muss jetzt massiv in öffentliche Infrastruktur und ökologischen Umbau investiert werden. Und die Nationalbank muss den schädlichen Höhenflug des Frankens stoppen.

Lohn ist nicht nur ein Gegenwert für Arbeit, es ist auch das Öl der Konjunktur. Es braucht Lohnerhöhungen, zuerst einmal für die Menschen, die mit ihrem Lohn leben müssen. Lohnerhöhungen stärken aber auch die Kaufkraft. Damit bleibt der Binnenmarkt robust, was bitter nötig ist, wenn die Arbeitslosigkeit nicht noch mehr zunehmen soll. Und es braucht Mindestlöhne, die ein Leben in Würde ermöglichen. Die Gewerkschaften werden für solche Mindestlöhne sorgen. In Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit einer Volksinitiative, damit Hungerlöhne in der Schweiz endlich der Vergangenheit angehören.

Rente sichert Menschen nach der Erwerbsarbeit die Existenz. Die bürgerlichen Parteien haben die Renten in jüngster Zeit frontal angegriffen. Bei allen Sozialversicherungen haben sie – geballt wie noch nie – die Zeichen auf Abbau gestellt. Das Volk hat sie nun eindrücklich zurück gepfiffen – aber sie nehmen die Abstimmung vom 7. März gegen die Rentenkürzung nicht als die Lehre, die sie ist. Die Revisionen von AHV, Arbeitslosenversicherung, Invaliden- und Unfallversicherung sind weiter-

hin von blankem Zynismus geprägt. Der Bankenknecht im Bundesrat will Steuer-geschenke an die Reichen verteilen und gleichzeitig Leistungen in den Sozialversicherungen kürzen. Das geht nicht! Wer wenig oder durchschnittlich verdient, braucht bessere und nicht schlechtere Altersrenten. Auch die jungen Arbeitslosen und die Langzeitarbeitslosen müssen mehr geschützt werden. Das Parlament will ihnen jetzt in perverser Verdrehung von Ursache und Wirkung die Unterstützung zusammenstreichen.

So wie die Gewerkschaften den Rentenklaus in der zweiten Säule verhindert haben, so werden wir auch diesen Abbau verhindern!

Die Gewerkschaften stehen ein für eine Welt, die den Menschen unabhängig vom Bankkonto respektiert. Sie stehen ein für



Adressänderungen:
Aarg. Gewerkschaftsbund
Postfach 2217, 5001 Aarau

PP
5001 Aarau

Lohnleichheit jenseits des Geschlechts, für Chancengleichheit jenseits des Passes, für Nachhaltigkeit und Solidarität jenseits der nationalen Grenzen.

Unsere Welt hat viel Reichtum. Er muss nur gerechter verteilt werden.



Mit der Gestaltung des 1. Mai-Plakates ist nach einem Wettbewerb Fabio Burà (aktives comedia-Mitglied) beauftragt worden. Burà arbeitet als diplomierter visueller Gestalter.



Daniel Lampart



Andrea Arezina



Serge Gnoss

15.00 Uhr
Festbeginn
(Kirchplatz)

ab 16.30
Ansprachen

Daniel Lampart
Chefökonom Schw. Gewerkschaftsbund SGB

Andrea Arezina
Präsidentin JUSO Aargau

Serge Gnoss
Sekretär Unia Aargau

Moderation/Einleitung:
Franziska Graf
Einwohnerrätin SP

16.00 Uhr
Umzug ab Bahnhofstrasse
(Besammlung 15.30 Uhr bei Kantonalbank)

Rahmenprogramm (ab 15 Uhr):

- Festwirtschaft
- Info- und Marktstände

- Musik mit **GOGO'S**
BLACK BOX

moni moni: gesang | tschändu: bass, gesang | zimmi: gitarre | tico: schlagzeug | gogo: gitarre, gesang

- Poetry Slam:
MightyMeg (Marguerite Meyer)

1. Mai-Kommission Aarau
Maibündel à Fr. 3.- zur Unkostendeckung
Das Rahmenprogramm kann gestaltet werden dank Beiträgen von **Coop Rechtsschutz** und **BankCoop**

Aarau

Kirchplatz

15-20 Uhr



Pascale Bruderer Wyss



Kurt Emmenegger



Besir Kisa

11.00 Uhr
Festbeginn
(Bahnhofplatz)

11.30 / 13.30 / 15.00 Uhr
Ansprachen

Pascale Bruderer Wyss
Nationalratspräsidentin
→ wird in Gebärdensprache übersetzt!

Kurt Emmenegger
Grossrat SP,
Präsident Aarg. Gewerkschaftsbund

Besir Kisa
DIDF (türk. demokratische Arbeitervereine)

Moderation:
Forum 1. Mai Baden
Barbara Bircher
Einwohnerrätin SP

14.00 Uhr
Kundgebung durch Baden

Rahmenprogramm (11.00 - 21.00 Uhr):

- Festwirtschaft & Grill
- Mittags auch Kinderprogramm
- 11.10 Uhr
Platzkonzert **Stadtmusik Baden**

- 12.30 Uhr
Simona Hofmann
Bewegungsschauspielerin

- 15.30 Uhr
Konzert **les trois ruusch**

- 19.00 - 20.00 Uhr
Abendprogramm JUSO mit Sängerinnen
Aline Maria Studer / Rislane el Harat

Forum 1. Mai Baden
Button: Fr. 5.- als Unkostenbeitrag

Baden

Bahnhofplatz

11-21 Uhr



Simona Hofmann



les trois ruusch

FORUM
1.MAI
BADEN



Benjamin von Wyl



Martina Flühmann



Doris Stump

Lenzburg

Metzgplatz

11 - 19 Uhr

11.00 Uhr
Start Festwirtschaft
(Metzgplatz)

13.00 / 15.00 / 17.00 Uhr
Ansprachen

Benjamin von Wyl
Sekretär JUSO Aargau

Martina Flühmann
Sekretärin Unia Aargau

Doris Stump
Nationalrätin SP

Moderation:
Kathrin Nadler
Grossrätin SP



Rahmenprogramm (ab 15 Uhr):

- Festbetrieb & Tischfussball
- Brasil-Bar
- Fruchtstand
- Grill
- Juso-Buffer mit Getränken und Kuchen
- Musik mit «Jambalaya Mix»
Blues/Jazz/Latino

SP Bezirk Lenzburg / Unia / Juso Aargau



Max Chopard-Acklin

11.30 Uhr
Festbeginn
Apéro in der Suppenbar

12.30 Uhr
Ansprache

Max Chopard-Acklin
Nationalrat SP

Moderation:
Rita Boeck
Grossrätin SP,
Co-Präsidentin SP Bezirk Brugg

Rahmenprogramm:

- Apéro
- kulinarisches aus der Suppenbar

SP Bezirk Brugg

Brugg

Suppenbar

(Storchengasse 8)
ab 11.30 Uhr



Christian Levrat

18.00 Uhr
Festbeginn
Schellenhausplatz / Zeughaussaal

19.00 Uhr
Ansprache

Christian Levrat
Präsident SP Schweiz

Moderation / Begrüssung:
Jeannette Egli
Präsidentin SP Bremgarten
Thomas Leitch
Grossrat SP, Bezirkspräsident

Bremgarten

Schellenhausplatz

ab 18.00 Uhr

Rahmenprogramm (ab 17.30 Uhr):

- Festwirtschaft
- Familienzirkus Arabas
- Duo Bösch&Emmenegger
(Volksmusik, Tango)

SP Bezirke Bremgarten und Muri



Marco Hardmeier



Serge Gnoss

19.30 Uhr
Ansprachen
Marco Hardmeier
Präsident SP Aargau
Serge Gnoss
Sekretär Unia Aargau

Moderation:
Klara Häfliger
Präsidentin SP Reinach

Rahmenprogramm (ab 18.00 Uhr):
- Festwirtschaft
- Marktstand Weltladen
- Infostände

18.00 Uhr
Festbeginn
(Waldhaus Reinach)

Reinach Waldhaus

Vorabendfeier:
Freitag, 30. April !
ab 18.00 Uhr

Maifeierkommission Bezirk Kulm



André Daguet



Sanja Kostic



Max Moor

Rahmenprogramm (ab 15 Uhr):
- Infostände
- Musik mit
«The Klezmorim Quartet»
- Tombola

ab 15 Uhr:
Festbeiz der SP Oftringen

Moderation:
Martin Zimmerli
Präsident Maifeierkommission Zofingen

15.00 Uhr
Festbeginn (Markthalle)

16.00 Uhr
Ansprachen

André Daguet
Nationalrat SP
Sanja Kostic
Studentin / JUSO
Max Moor
Gemeinderat Vordemwald

Zofingen Markthalle

ab 15.00 Uhr



Maifeierkommission Bezirk Zofingen



Urs Hofmann



Bruno Baumann



Marco Trevisan

14.00 Uhr:
Fahnenmarsch aufs Inseli !
Treffen und Apéro mit
den deutschen KollegInnen
Katrin Distler, DGB, Präsidentin
IGR Drieländereck

Begrüssung:
Eberhard Niethammer,
Oberbürgermeister, Rhf./D
Brigitte Rüedin,
Frau Vizeammann Rhf.

11.30 Uhr
Festbeginn
(Im Rumpel, Clublokal CLI)

ab 16.30 Uhr
Ansprachen (im Rumpel)

Urs Hofmann
Regierungsrat
Bruno Baumann
Sekretär Unia NW-CH
Marco Trevisan
Colonia Libera / Sekretär Unia

Moderation:
SP Bezirks-Präsiden
Rheinfelden und Laufenburg

Rheinfelden

Im Rumpel

ab 11.30 Uhr

Rahmenprogramm (ab 11.30 Uhr):
- Festprogramm im Rumpel
- Enzos Spaghetti
- Unterhaltung mit **Donato**

SP Bezirksparteien Rheinfelden und Laufenburg, Gewerkschaften Unia und SEV

Aufschwung für alle!

Wenn man den Konjunktexperten und den Wirtschaftsjournalisten Glauben schenkt, ist die Krise vorbei und ein ein verhaltener Aufschwung bahnt sich an.

Kurt Emmenegger, Grossrat, Präsident Aargauer Gewerkschaftsbund AGB



den Sozialstaat,

Dies ist jedoch zu relativieren: Während sich die Finanzwirtschaft dank milliarden-schweren Finanzspritzen des Staates mehrheitlich erholt hat, sind grosse Teile der Exportindustrie nach wie vor sehr stark von der Krise betroffen und geraten mit dem starken Franken zusätzlich unter Druck. Und in Regionen mit einem starkem Industriesektor (praktisch der ganze Jurabogen sowie das Tessin) hat die Industriekrise eine Binnenmarktkrise provoziert.

In diesen Kantonen gehen die Entlassungen weiter, der Bau ist oder wird von der Krise erfasst und die Kantone und Gemeinden stoppen Infrastrukturprojekte und bereiten für 2011 harte Sparbudgets vor. Und schliesslich sind die AusbildungsabgängerInnen nach wie vor von überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit betroffen (z.B. die 20 bis 24jährigen im Kanton Aargau mit 7,1 % Ende Februar 2010).

Es bleibt also noch einiges zu tun, damit der Aufschwung bei allen beginnt:

Stärkung des Frankenurses, industriepolitische Massnahmen, Investitionen in die Infrastruktur, Ausbildungs-offensive, Beschäftigung von AusbildungsabgängerInnen, Bundesbeiträge an regionale Investitions- und Ausbildungsprogramme.

Mit der Umverteilung von unten nach oben brechen

Während die Abzocker, vor allem in der Finanzwirtschaft, sich bereits wieder fette Boni zuschanzen und alles daran setzen, dass sie ihre Geschäfte ungestört weiter betreiben können, wie wenn nichts geschehen wäre, lancieren ihre Lakaien in Bundesrat und Parlament dramatische Angriffe auf

den Sozialstaat, um die Folgen der Krise auf die Arbeitnehmenden abzuwälzen. Gleichzeitig hofieren sie den Krisenverursachern mit weiteren Steuergeschenken.

Die Ballung der Angriffe auf den Sozialstaat ist in dieser Dichte und Intensität in der Schweiz einzigartig. Selbst in den fünfzehn zurückliegenden neoliberalen Jahren waren die Angriffe noch nie so massiv. Flankiert wird diese neuerliche massive Umverteilung von unten nach oben durch die SVP-geführte Rechte mit einer Kampagne gegen die Personenfreizügigkeit und generell gegen die AusländerInnen. So soll die soziale Krise in eine nationale Frage umgedeutet werden.

Am zynischsten ist der Angriff bei der Arbeitslosenversicherung, wo vor allem die jugendlichen AusbildungsabgängerInnen und BerufseinsteigerInnen, die von der Krise am härtesten getroffen wurden die Zeche bezahlen sollen.

Zum zweiten Mal versucht die bürgerliche Mehrheit die AHV zu verschlechtern – Heraufsetzung des Frauenrentenalters und Verschlechterung des Teuerungsausgleiches bei den Renten – und weigert sich, entgegen klarem Volkswillen endlich eine soziale Frührentierung einzuführen.

Schliesslich sollen die Leistungen auch bei der Unfallversicherung (SUVA) gekürzt werden, um den Privatversicherern auch dieses Feld für die Jagd nach Gewinnen zu öffnen, und ein weiteres Mal die Leistungen bei der IV. Die Senkung des Umwandlungssatzes bei der beruflichen Vorsorge, die den Privatversicherern ihre bisherigen fetten Gewinne gesichert hätte, haben wir mit einem wuchtigen Nein an der Urne gestoppt.

Die Verteidigung des Erreichten bei der Arbeitslosenversicherung, bei der SUVA und der IV sowie bei der AHV wird in den nächsten Monaten im Vordergrund stehen.

Dies genügt aber nicht. Damit sich wirklich etwas ändert, müssen wir Forderungen entwickeln und vorantreiben, die mit der vorherrschenden Logik – oben wird gegeben, unten wird genommen – aufräumen:

Die Löhne müssen dem Produktivitätsfortschritt folgen, die Löhne ganz oben müssen begrenzt werden (1:12-Initiative der JUSO) und die Lohngleichheit muss endlich in der Praxis umgesetzt werden.

Die Reichen müssen klar progressiv und stärker besteuert werden – Schluss mit Steuergeschenken. Die Finanzwirtschaft muss strikt reguliert werden, um die wilde Spekulation zu unterbinden.

Die Renten der AHV müssen endlich verfassungsmässig und damit existenzsichernd sein, zusammen mit der Pensionskasse müssen sie die Fortführung der gewohnten Lebenshaltung garantieren.

Demokratie auch in der Wirtschaft

Die Abzocker von heute waren diejenigen, die uns seit den 80iger Jahren gepredigt haben, dass nur der freie Markt Wohlstand für alle bringen kann.

Seit der grössten Weltwirtschaftskrise wissen wir, das Gegenteil ist wahr:

Die Einkommensschere hat sich dramatisch geöffnet und die wirklichen Bedürfnisse eines immer grösseren Teils der Menschen wird durch die Wirtschaft immer weniger befriedigt.

Darum braucht's noch mehr als die

6. Berner Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Donnerstag, 24. Juni 2010
19.30 - 21.00 Uhr

Ref. Kirchgemeindehaus
Feldstrasse 15, Aarburg

Bericht von der Sommersession
mit offerierter Suppe

Es laden ein: SP Bezirk Zofingen und
Komitee pro Max Chopard-Acklin

obgenannten Forderungen, wenn wir verhindern wollen, dass nach der Krise gleich wieder vor der (nächsten) Krise bedeutet

Oekologischer Umbau der Wirtschaft unter Kontrolle der öffentlichen Hand, Ausbau des Service public, Finanzdienstleistungen als Service public, Privatversicherungen raus aus der sozialen Sicherheit, demokratische Rechte im Betrieb statt Kommandosystem, mehr Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie.

100'000 Arbeitsplätze und Fortschritt dank erneuerbaren Energien

Erneuerbare Energien und saubere Technologien (Cleantech) erobern das Energiegeschäft. Sie sind sicher, sauber und unerschöpflich. Und sie sind ein enormer Jobmotor – mit neuen Berufen, Ausbildungen und Arbeitsplätzen. Im März hat die SP Schweiz die „Cleantech-Initiative“ lanciert. Diese will ...

- ... dass die Zukunft der Schweiz erneuerbar wird. Bund und Kantone werden dazu aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft die Energieversorgung der Schweiz mit erneuerbaren Energien sicherzustellen. Das schafft neue Berufe, neue Ausbildungen und neue Arbeitsplätze;
- ... dass Innovationen im Energiebereich besser gefördert werden. Die Schweizer Forschung erhält so neue Anreize und das bereits vorhandene technologische Wissen wird genutzt;
- ... dass private und öffentliche Institutionen, die im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz tätig sind, besser unterstützt werden;
- ... dass sich die Schweiz endlich aus der Erdölabhängigkeit löst und auf eine preisgünstige, nachhaltige und saubere Energieversorgung umsteigt.

Weitere Informationen finden sich auf www.cleantech-initiative.ch

1:12 - Gemeinsam für gerechte Löhne

Heute verdient ein Top-Manager in der Schweiz im Schnitt 56 Mal mehr als sein/e Mitarbeiter/in mit dem kleinsten Einkommen. Mit ihrer 1:12-Initiative wollen die JUSO dem abhelfen: Niemand soll in einem Jahr weniger verdienen als der Top-Manager im gleichen Unternehmen in einem Monat verdient!

Die Initiative will darum eine maximale Lohnspannbreite zwischen dem tiefsten und höchsten Lohn in einem Unternehmen von 1:12 in der Verfassung verankern. Dadurch wird verhindert, dass sich Abzocker-Manager immer mehr vom Kuchen unter den Nagel reissen und allen anderen MitarbeiterInnen nur Brosamen bleiben. Mit der 1:12-Initiative werden den Managergehältern Schranken gesetzt, damit die Löhne aller wieder steigen.

Heute entscheiden die Abzocker alleine über die Löhne – und berücksichtigen dabei nur ihr eigenes Portemonnaie. Alle anderen müssen tatenlos zu sehen und die Folgen ausbaden. Das ändert die 1:12-Initiative. Sie gibt dem Volk wieder das letzte Wort, um für faire Spielregeln zu sorgen.

Weitere Informationen finden sich auf www.1zu12-initiative.ch

MENSCHENSTROM GEGEN ATOM

Atomkraft ist teuer, dreckig und gefährlich. Erneuerbare Energien, kombiniert mit Energieeffizienz, bilden die einzige nachhaltige Option zur Deckung unseres Strombedarfs. Atomkraftwerke sind weder sicher noch sauber, noch ist die Atommüll-Frage gelöst. AKW stellen auch keine Lösung für den Klimawandel dar. Mit den Milliarden für neue AKW könnten Zehntausende von Arbeitsplätzen im Bereich der erneuerbaren Energien geschaffen werden.

Die Stromkonzerne wollen drei neue Atomkraftwerke bauen. Dagegen wehren wir uns! Mit einer **Kundgebung am Pfingstmontag, 24. Mai 2010.**

Abmarsch ab Aarau 10.00 Uhr, bzw. Däniken 11.45 Uhr.

Detaillierte Informationen auf www.menschenstrom.ch

Hände weg vom Sonntag – NEIN zum EG Arbeitsrecht!

Am 13. Juni 2010 wird im Kanton Aargau über ein neues Einföhrungsgesetz zum Arbeitsrecht (EG ArR) abgestimmt. Wegen der Ausweitung der bewilligungsfreien Sonntagsarbeit lehnen Gewerkschaften und Mitte-Links-Parteien die Revision ab.

Anina Sulzer und Martina Flühmann,
Gewerkschaftssekretärinnen Unia



Foto © Judith Stofer

Das neue Einföhrungsgesetz fasst verschiedene Erlasse in einem Gesetz zusammen und sorgt auf kantonaler Ebene für eine Vereinheitlichung. Neben dem Vollzug vom eidgenössischen Arbeits- und Heimarbeitsgesetz, der Festlegung von acht kantonalen Feiertagen, der Einsetzung einer ständigen kantonalen Einigungsstelle und der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von kantonalen Gesamtarbeitsverträgen, schafft das Einföhrungsgesetz zum Arbeitsrecht auch die Grundlage für vier bewilligungsfreie Sonntagsverkäufe pro Jahr. Beim letzten Punkt geht es um die kantonale Umsetzung der parlamentarischen Initiative Wasserfallen. Konkret sieht das EG ArR vor, dass der Regierungsrat für jedes Jahr zwei Sonntage bezeichnet, an den Arbeitnehmende in Verkaufsgeschäften bewilligungsfrei beschäftigt werden dürfen. Zudem können zwei weitere Sonntage durch den Gemeinderat für das jeweilige Gemeindegebiet festgelegt werden.

Die Zusammenfassung der verschiedenen Gesetze ist zwar von der Gesetzgebungstechnik und von der Gesetzesanwendung her erfreulich, aber wiegt in keiner Weise die materielle Verschlechterung durch die Ausweitung der Sonntagsverkäufe auf. Die Gewerkschaften unterstützen das Behördenreferendum und sagen aus folgenden Gründen NEIN zum neuen Einföhrungsgesetz zum Arbeitsrecht.

1. Wir wollen keine erneute Verschlechterung der Arbeitsbedingung für das Verkaufspersonal. Im Herbst 2005 stimmte das Aargauer Stimmvolk der Aufhebung des Ladenschlussgesetzes zu und gleichzeitig wurden die Laden-

öffnungszeiten auf den 1. Januar 2006 liberalisiert. Durch diese Liberalisierung wird im Kanton Aargau bereits heute zu viel vom Verkaufspersonal verlangt. Die betriebliche Tages- und Abendarbeitszeit von Montag bis Samstag beträgt schon heute 17 Stunden – das ist genug.

2. Die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten hat negative Auswirkung auf die Gestaltung des sozialen Lebens und damit des gesellschaftlichen Zusammenhalts. In unserer gestressten Gesellschaft braucht das Verkaufspersonal – aber auch wir alle – einen Tag zum Ausspannen und Energie tanken. Der Sonntag ist der Tag für gemeinsame Erlebnisse und für das Zusammensein mit der Familie und Freunden.

3. Es ist klar, wer ein Interesse an den Sonntagsverkäufen hat. Während für die kleinen Läden die Kosten-Nutzen-Rechnung meist nicht aufgeht, sind es die grossen Detaillisten, die auf die Ausweitung pochen. Die viel gelobten KMU werden im Regen stehen gelassen.

4. Durch die Gleichstellung der Feiertage mit den Sonntagen kommen auch diese in den Sog der Sonntagsverkäufe. Gerade regionale Feiertage können so zum Werktag verkommen.

5. Aufgrund der Tatsache, dass die Gemeinden zwei Sonntagsverkäufe festlegen können, ist davon auszugehen, dass ein Flickenteppich entsteht und der Verkaufstourismus und damit der Verkehr im Kanton Aargau angeheizt wird.

Aus all diesen Gründen bekämpfen die Gewerkschaften das neue Einföhrungsgesetz zum Arbeitsrecht und wehren sich zusammen mit dem Verkaufspersonal. Von Februar bis Mai sammelt die Gewerkschaft Unia beim Verkaufspersonal Unterschriften gegen die Ausweitung der Sonntagsverkäufe. Die Resonanz auf die Unterschriftensammlung ist durchwegs positiv. Die Reaktion des Verkaufspersonals ist eindeutig: Hände Weg vom Sonntag – NEIN zum EG Arbeitsrecht!

Unterschriftensammlung beim Verkaufspersonal

Anina Sulzer Laserna und Martina Flühmann, die Kampagnenverantwortlichen der Unia für diese Abstimmung, sind seit Februar in der Verkaufsgeschäften im Kanton Aargau unterwegs und sammeln bei den Betroffenen Unterschriften gegen die Ausweitung der Sonntagsverkäufe. Die Verkäuferinnen und Verkäufer wollen keine zusätzlichen Sonntagsverkäufe und unterschreiben bereitwillig.

Unterschriftsbögen können bestellt werden unter: 0848 333 003 oder bei anina.sulzer@unia.ch und martina.fluehmann@unia.ch

Hände weg vom Sonntag
SO
MO DI MI DO FR SA
NEIN
zum EG Arbeitsrecht!



Kartensujets für eine frühere Abstimmung von Nadja Hagmann, St. Gallen

Breites Komitee gegen die Ausweitung der Sonntagsarbeit!

Für die Abstimmung vom 13. Juni 2010 hat sich im Kanton Aargau ein breites NEIN-Komitee gebildet, das sich für den Erhalt des arbeitsfreien Sonntags als jahrhundertealte und nach wie vor sinnvolle Errungenschaft einsetzt. Denn das liegt im Interesse der arbeitenden Menschen, der Familien, des sozialen Lebens und der Gesellschaft. Sonntags soll nur gearbeitet werden, wenn es unbedingt notwendig ist.

Dem Co-Präsidium gehören (bei Drucklegung dieser Zeitung) an:

Kurt Emmenegger (AGB)
Martina Flühmann (Unia)
Thomas Amsler (Syna)
Walter P. Meier (VAA)
Dieter Egli (SP Aargau)
Martin Bhend (EVP)
Geri Müller (Nationalrat)
Max Chopard (Nationalrat)
Samuel Schmid (EDU)
René Kunz (SD)
Ernst Brunner (SVSF)

Weitere Organisationen und Einzelpersonen kommen noch hinzu.

Weitere Informationen und Beitrittstalon auf:

www.haende-weg-vom-sonntag.ch

Auf Zack gegen Zock.
Casino ade - rien ne va plus.

Gerechte Löhne und soziale Sicherheit!

Unia, die interprofessionelle Gewerkschaft.

Unia Region Aargau
Bachstrasse 41
Postfach
5001 Aarau

0848 333 003
aargau@unia.ch



Die Gewerkschaft.

Stopp dem Taggeldklau!

Die Eidgenössischen Räte haben zum Angriff auf die Sozialversicherungen geblasen. Nachdem sie mit der Senkung des BVG-Umwandlungssatzes beim Volk klar durchgefallen sind, ist nun die Arbeitslosenversicherung im Visier der Sozialabbauer.



Max Chopard-Acklin, Nationalrat und Gewerkschaftssekretär Unia

Hauptursache für die hohe Erwerbslosigkeit und die angespannte Situation bei den Sozialversicherungen ist die Finanz- und Wirtschaftskrise. Doch während bei den Finanzjongleuren bereits wieder fette Boniflüsse, sollen nun „die kleinen Leute“ gleich doppelt bezahlen. Zuerst mit dem Stellenverlust und dann auch noch mit dem Leistungsabbau bei der Arbeitslosenversicherung. Auf den versuchten Rentenklau bei den Pensionskassenguthaben soll nun der Taggeldklau bei den Erwerbslosen folgen. Gerechtfertigt wird dies mit den aktuellen Defiziten bei der Arbeitslosenversicherung. Und im Bundeshaus lassen gar manche Politiker verlauten, unsere Arbeitslosenkasse sei zu attraktiv, das sei ein Problem. Diese Polemik auf dem Rücken der Betroffenen ist unfair und realitätsfremd. Erwerbslosigkeit bedeutet Einkommensverluste von 20% (bei Betreuungspflichten) bis 30% (ohne solche). Wie soll das „attraktiv“ sein? Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ist es auch nicht einfach, in kurzer Zeit einen neuen Job zu finden. Viele Firmen haben aufgrund der angespannten Wirtschaftslage Einstellungsstopps verfügt, ersetzen ihre Abgänge nicht mehr, mussten Kurzarbeit einführen oder sogar Entlassungen vorneh-

men. Da wird es gerade für jugendliche Schul- und Lehrabgänger immer schwieriger, den Einstieg in die Arbeitswelt zu schaffen. Aber statt zusätzliche Mittel in lösungsorientierte Massnahmen zu investieren, wird auf den Betroffenen herumgetrampelt.

Als Folge der Beschlüsse in Bundesbern sollen bei der Arbeitslosenversicherung massiv Leistungen und Tagelder gestrichen werden. Damit wird aber kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen. Die Kürzungen beim Arbeitslosengeld führen eher dazu, dass in der Schweiz noch mehr Menschen auf Sozialhilfe angewiesen sein werden. Dies ist unwürdig für die Betroffenen und bringt massive Kostenverlagerungen zu den Gemeinden. Diese Revision ist zu einseitig und straft die Arbeitslosen für etwas, wofür sie nichts können. Gerade jetzt, in der grössten Krise seit Jahrzehnten, braucht es in der Schweiz eine starke Arbeitslosenversicherung mit guten Leistungen. Für die betroffenen Menschen, aber auch als Stabilisator für die Wirtschaft. Stattdessen hat der verlängerte Arm der Abzocker im Parlament mitten in der Krise die Arbeitslosenversicherung zusammengestrichen. Besonders hart trifft das die Jungen, die Frauen und die Älteren in den Krisenregionen.

Referendum unterschreiben!

Jetzt gilt es solidarisch zu sein und das Referendum gegen diesen Sozialabbau und Taggeldklau bei der Arbeitslosenversicherung zu unter-



Das Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen KABBBA an der Demo vom 19. September 2009 in Bern.

schreiben! Die Abzocker von gestern und heute müssen wissen, dass es morgen so nicht weitergeht. Sie müssen wieder Mass finden statt Mass verlieren und sich rückbesinnen auf ihre soziale und volkswirtschaftliche Mitverantwortung.

Wir brauchen eine gute Arbeitslosenversicherung mit einer längerfristig gesunden Finanzierung. Dafür braucht es keine Gesetzesrevision, es genügt das geltende Recht. Der Bundesrat hat gemäss Artikel 90c des Arbeitslosenversicherungsgesetzes das Recht und die Pflicht, die Beitragssätze zu erhöhen, wenn die Schulden des Ausgleichsfonds zu hoch werden. Stattdessen liegt nun eine Vorlage mit einer schlechten Finanzierungslösung und einem immensen Leistungsabbau vor. Wenn eine Revisionsvorlage schlecht ist, muss man sie ablehnen. Diese Revision ist schlecht für die betroffenen Arbeitslosen und für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die

einmal arbeitslos werden könnten und die Beiträge bezahlen, damit sie dann auch geschützt sind. Das Referendum gibt dem Volk die Chance, diesem unfairen Sozialabbau mit einem satten Nein den Riegel zu schieben.

Weitere Infos und Unterschriftenbogen auf www.sgb.ch und auf www.nein-aavig.ch.



Die SP ist die Partei für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die SP kämpft

- für faire Löhne und gegen Abzocker mit der 1:12-Initiative
- für neue Arbeitsplätze mit der Clean-Tech Initiative
- für sichere Renten und gegen Rentenklau



Sozialdemokratische Partei des Kantons Aargau | Bachstr. 43, 5000 Aarau | www.sp-aargau.ch

claro
FAIR TRADE



Im claro Laden immer aktuell: „feurige Gewürze“, „exotisches Curry“, „feinste Vanille“, „1001 Nacht-Mischung“ und mehr ...

Wir handeln fair für Mensch und Umwelt.

claro Laden

Stadhöfli 3
beim Theater Tuchlaube
5000 Aarau
062 824 91 60

Öffnungszeiten (neu)
Di-Fr: 09.00 - 12.00 h
14.00 - 18.30 h
Sa: 09.00 - 16.00 h

Das Theater zum 1. Mai: Genossenschaft jetzt!

Die Schweiz im Jahr 2020. Ein rücksichtsloser Steuerwettbewerb verunmöglicht politische Gestaltung. Die EinwohnerInnen des Landes sind zu einer Ansammlung von KonsumentInnenprofilen verschmolzen. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage ist angespannt. In dieser Zukunft hat sich eine Vielzahl von Genossenschaften zum teilautonomen «Zeitgenossenschafts-Bund» zusammengeschlossen. Dieser betreibt seine Wirtschafts- und Innenpolitik unabhängig von der Eidgenossenschaft und sorgt in seinen Reihen für sozialen Ausgleich. – Doch in der kleinen Kooperativbäckerei «B-Waren», diskutieren die Mitglieder hitzig. Ihre Vorstellungen vom Geschäft und der Rolle des Genossenschaftsgedankens driften immer mehr auseinander ...

In seiner Parodie «Genossenschaft jetzt!» lässt Autor und Regisseur Tim Zulauf unterschiedliche Auffassungen von «gemeinschaftlicher Selbsthilfe» aufeinander prallen: Von den Gründungsmythen der Eidgenossenschaft bis zu gescheiterten Modellen genossenschaftlicher Entwicklungshilfe, von monopolistischen Konsumgenossenschaften bis zur Kollektivierung der Bodenrente. – Führt Genossenschaft zu mehr Demokratie oder fördert es gar die Gleichschaltung von KonsumentIn und BürgerIn? Eine Theaterknacknuss, die Geist und Zwerchfell kitzelt.

Theater Tuchlaube Aarau**Fr 30. April 20:15 | Sa 1. Mai 20:15**

Text, Regie: Tim Zulauf | Schauspiel: Ariane Andereggen, Sascha Gersak, Christoph Rath, Ursula Reiter, Andreas Storm, Wanda Wylowa | Bühne: Daniel Robert Hunziker



v.l.n.r.:
Ariane Andereggen,
Ursula Reiter,
Andreas Storm

GUTSCHEIN CHF 5.-

Gültig für die Vorstellung „Genossenschaft jetzt“ vom 1. Mai 2010, 20:15 Uhr im Theater Tuchlaube. Der Gutschein kann an der Abendkasse des Theaters oder bei der Vorverkaufsstelle (aarau info, Schlossplatz 1, Aarau) eingelöst werden.

Eintrittspreise: regulär CHF 27.- / AHV CHF 24.- / Legi CHF 20.- / u20 CHF 15.-

Das Heute aus dem Gestern verstehen**Montag, 31. Mai 2010 (19 Uhr)****Verkannt und verfemt – die Schweizer Freiwilligen im spanischen Bürgerkrieg**

Referat von

Ralph Hug, Journalist BR, Historiker, St. GallenModeration: **Roberto Rodriguez**, Parteisekretär SP Aargau**Montag, 14. Juni 2010 (19 Uhr)****Über den Umgang mit einer schwierigen Vergangenheit: Kroatien und der Zweite Weltkrieg**

Referat von

Stefan Dietrich, Politologe, Historiker und Südosteuropaspezialist, BremgartenModeration: **Katharina Kerr**, Präsidentin vpod Aargau

Beide Veranstaltungen finden satt im

Comitato Cittadino, Hammer 1, 5000 Aarau

Eintritt frei (Spenden sind willkommen),
im Anschluss wird jeweils ein Apéro offeriert.

Es laden ein:



Sozialdemokratische Partei
Kanton Aargau

**Impressum**

Herausgeber:

- Aarg. Gewerkschaftsbund AGB
- SP des Kantons Aargau
- Unia Region Aargau
- vpod Region Aargau-Solothurn
AGB, Postfach 2217, 5001 Aarau

Redaktion und Layout:

Renato Mazzocco, Sekretär AGB
Druck:
Kyburz-Druck GmbH
5742 Kölliken
Auflage: 12 000 Exemplare

**GEWERKSCHAFT KOMMUNIKATION**

www.gewerkschaftkom.ch Die Gewerkschaft der Branchen Post, Transport,
Logistik, Telekommunikation, Flugsicherung und Informatik

Regionalsekretariat
Zentralschweiz / Aargau

Tel. 041 362 07 77
Fax 041 362 07 78

Email: regionalsekretariat.luzern@syndicom.ch

**Bist du schon Mitglied der
Gewerkschaft Kommunikation?**

comedia die Gewerkschaft für den Druck- und Medienbereich !

comedia-Regionalsekretariat
Nordwest- und Zentralschweiz

comedia
die medien**gewerkschaft**
le **syndicat** des médias
il **sindacato** dei media
il **sindicat** da las medias

Rebgasse 1, 4005 Basel
061 681 22 40 / basel@comedia.ch
www.comedia.ch

**Tritt bei in der Zeit,
dann hast Du in der Not.**



www.vpod-agso.ch

vpod aargau/ solothurn
Regionalsekretariat
Bachstrasse 43
Postfach 4209
5001 Aarau
062 834 94 35



Arbeiterstrandbad
Tennwil

strandbad@tennwil.ch
www.tennwil.ch
Tel: 056 667 14 34

Das gepflegte Strandbad für alle!

Grosse Liegewiese, mehrere Grillmöglichkeiten, Spielplatz mit Kinderbassin und Spielgeräten, Volleyballfeld, Camping, Mehrbettzimmer (4x8 Betten, 1x2 Betten) und Küche, Gartenterrasse, Bootsvermietung. → Offener Eingangsbereich für Passanten!

Beachten Sie auch unsere Menueangebote!

Für besondere Anlässe, wie Familien- oder Vereinsausflüge, unterbreiten wir Ihnen gerne ein spezielles Angebot.